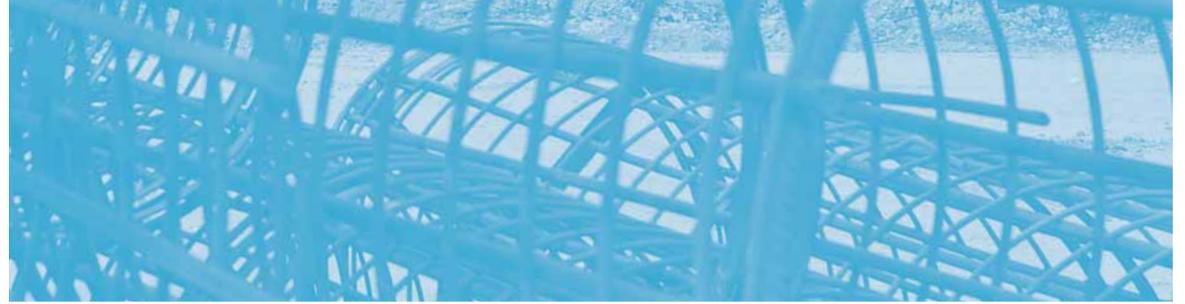


Geschäftsbericht 2007





StEB – Ihr kompetenter
Dienstleister der Bereiche:

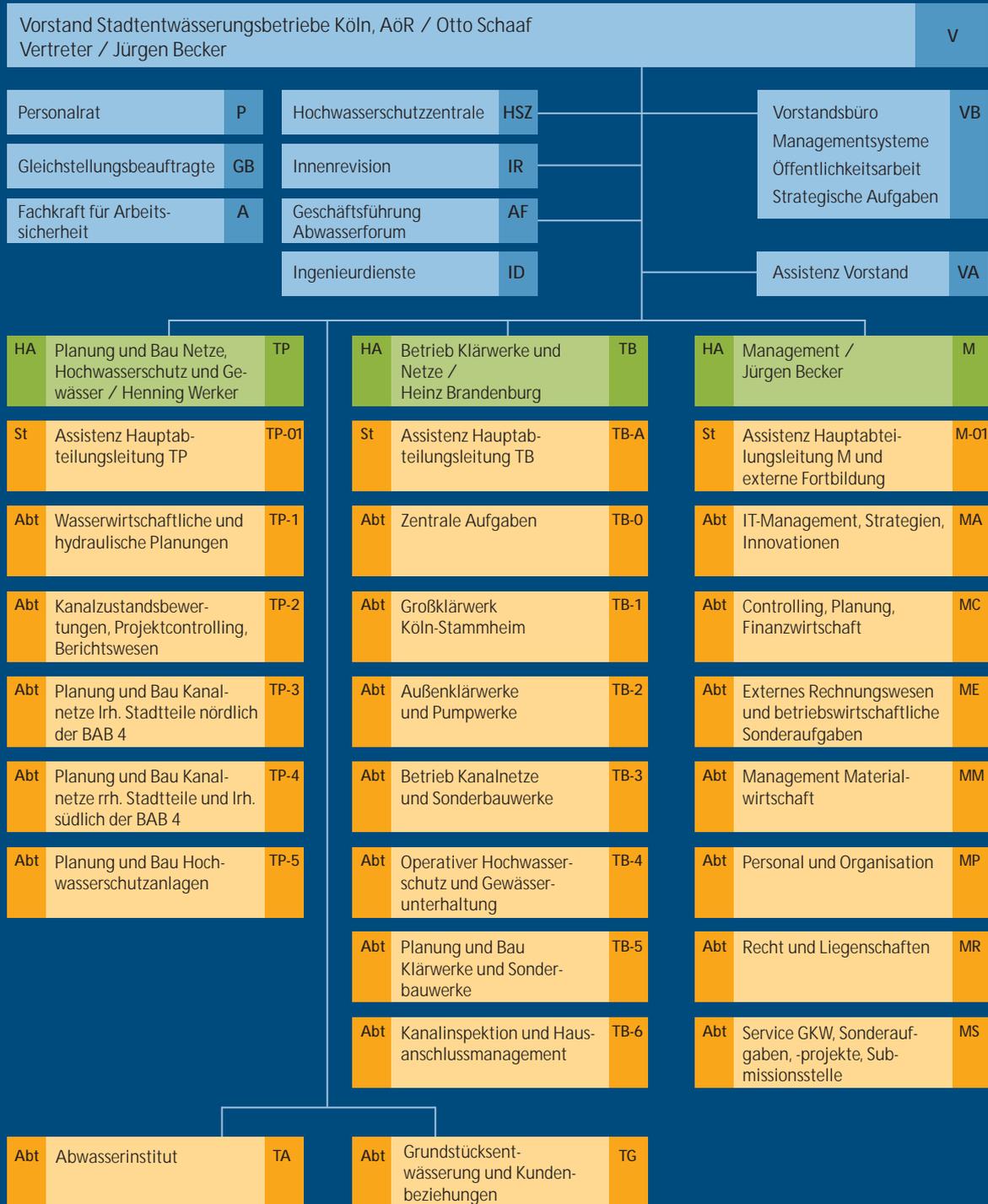
- Abwasser
- Hochwasserschutz
- Gewässer

*»Das Entscheidende am Wissen ist,
dass man es anwendet!«*

Konfuzius, Chinesischer Philosoph,
551 v. Chr – 479 v. Chr.



Organisationsstruktur der Stadtentwässerungsbetriebe Köln 2007



Geschäftsjahr 2007

Bericht des Vorstands/Auszüge

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die StEB haben wie in den vergangenen Jahren kontinuierlich an einer Verbesserung der Erlös- und Kostenstruktur gearbeitet. Dazu zählen im Wesentlichen die Maßnahmen für die Neuerhebung der abflussrelevanten versiegelten Flächen sowohl privater als auch kommunaler Immobilien auf der Basis von Selbsterklärungen.

Der Kostendruck der allgemeinen Preissteigerungen, insbesondere für Energie und energieintensive Hilfsstoffe, wirkte sich im Geschäftsjahr aufgrund der laufenden Lieferverträge noch nicht gravierend aus. Die tarifvertraglichen Regelungen des TVöD führten zudem zu weitgehend stabilen Personalkosten.

Umsatzerlöse aus Abwassergebühren

Die Umsatzerlöse aus Abwassergebühren unterliegen keinen konjunkturellen Schwankungen, sondern sind durch Verbrauchsverhalten im Frischwasserbezug und der Grundwassernutzung sowie der Flächennutzung bestimmt. Die Graphik zeigt den Erfolg aus der Neuerfassung der gebührenrelevanten befestigten Flächen, der die tendenziell sinkenden Schmutzwassermengen kompensieren konnte.

Das stetig wachsende ökologische Bewusstsein der Grundstückseigentümer hat auch in 2007 dazu geführt, dass Flächen entsiegelt wurden und damit Niederschlagswasser nicht mehr in die Kanäle eingeleitet wurde. Diese Maßnahmen summierten sich auf eine Gesamtfläche von 201.502 m², die dauerhaft nicht mehr gebührenrelevant ist. Dem stand in 2007 eine Zunahme der gebührenrelevanten Flächen aus Überprüfungen und Neuerschließungen in Höhe von 233.500 m² gegenüber.

Die Überprüfung der gemeldeten Flächendaten trägt mit der Erfassung der nicht gemeldeten Flächen weiter zur Gebührengerechtigkeit bei und unterstützt das Bestreben, die Abwassergebühren, trotz teilweise heftiger Preiserhöhungen der Lieferanten, auch für zukünftige Jahre günstig zu gestalten.

Der Rückgang des Frischwasserverbrauchs konnte durch die o. g. Maßnahmen ausgeglichen werden, so dass ein Umsatzrückgang aufgrund niedrigerer Verbrauchswerte aufgefangen werden konnte.

Gebührenrelevante Schmutzwassermengen und befestigte Flächen 2001–2007 (IST)/2008 (Plan)





Baumaßnahme Planfeststellungsabschnitt 16

Niedrige Abwassergebühren in Köln

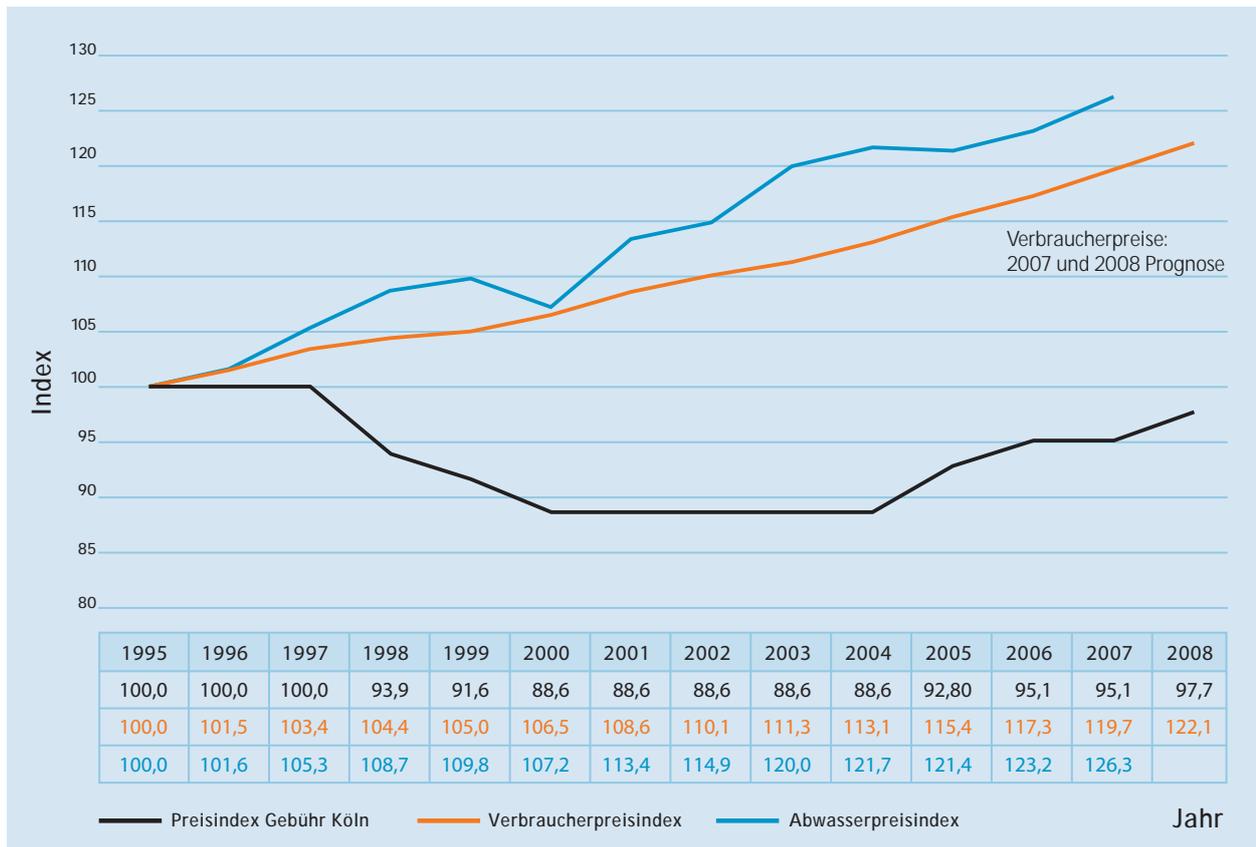
Für Niederschlagswasser und Schmutzwasser betragen die Gebühren in 2007 1,18 Euro je qm befestigter Fläche und 1,32 Euro je cbm Schmutzwasser. Damit liegen die Gebühren immer noch mit rd. 8 % unter den Gebührensätzen aus 1995. Ein Musterhaushalt mit vier Personen und einem Verbrauch von 200 cbm Frischwasser und einer überbauten Fläche von 130 qm bezahlt in Köln 417,40 Euro Abwassergebühren gegenüber 649,80 Euro Abwassergebühren im Landesdurchschnitt.

Die relativen Abwassergebühren entwickelten sich in den vergangenen Jahren wie folgt:

Aus der Graphik ist ersichtlich, dass die Entwicklung der Abwassergebühren in Köln deutlich unterhalb der Verbraucherpreise und der durchschnittlichen Erhöhung der Abwassergebühren im Land Nordrhein-Westfalen verläuft.

Mit den niedrigen Schmutzwassergebühren liegt Köln an der Spitze aller Großstädte in Nordrhein-Westfalen. Auch im bundesweiten Vergleich nimmt Köln einen Spitzenplatz unter den günstigsten Unternehmen ein.

Indexentwicklung – Abwasserpreise Köln – Verbraucherindex – Abwasserpreisindex NRW





Geschäftsergebnis mit Jahresüberschuss

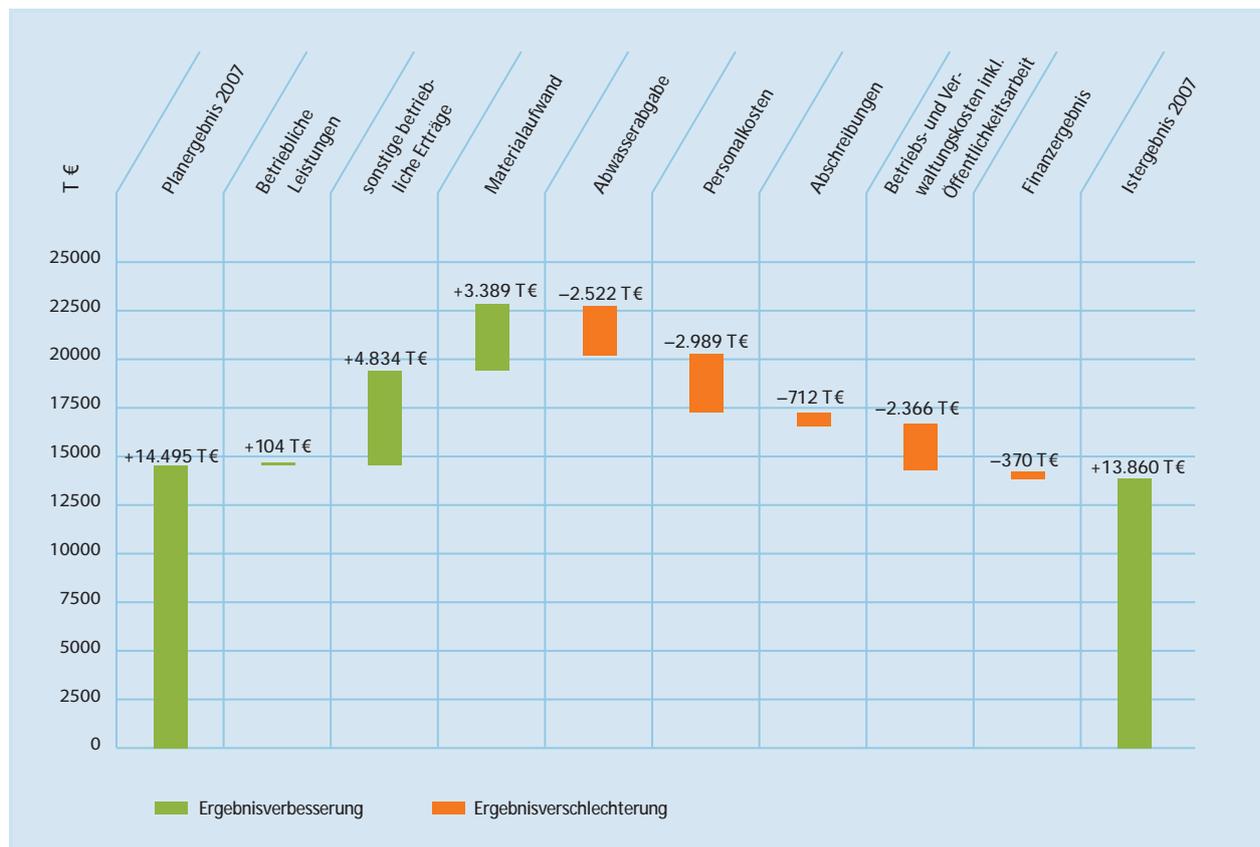
Wiederholt seit dem Bestehen der StEB konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 13,9 Mio. Euro (Vorjahr 6,0 Mio. Euro) gegenüber einem Planergebnis von 14,4 Mio. Euro erzielt werden. Die wesentlichen Veränderungen der Ergebnisentwicklung sind in der Graphik: „Vom Plan-Ergebnis zum Ist-Ergebnis 2007“ (s. u.) dargestellt.

Der Jahresüberschuss 2007 führt nach einem Bilanzverlust von 8,2 Mio. in 2006 zu einem Bilanzgewinn in Höhe von 5,7 Mio. Euro. Dieser wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der handelsrechtliche Jahresabschluss unterscheidet sich aufgrund unterschiedlicher Bewertung und Ansatzfähigkeit der Erträge und Aufwendungen bzw. der Erlöse und Kosten von der Abwassergebührenrechnung.

Das Gesamtergebnis der Stadtentwässerungsbetriebe ist annähernd planmäßig mit 13,9 Mio. Euro erreicht worden. Die unterschiedlichen Entwicklungen der jeweiligen Aufwandspositionen sind der Graphik zu entnehmen. Die erhöhte Abweichung in den Personalkosten ist auf die Senkung des bislang nach den Vorschriften des EStG verwendeten Rechnungszinses von 6 % für die Ermittlung der Pensionsrückstellungen und Beihilfen auf den Zinssatz der Regelungen des NKF in Höhe von 5 % zurückzuführen.

Vom Planergebnis zum Istergebnis





Geschäftsentwicklung in den Sparten

Die Ergebnisse aus den Sparten Abwasserbeseitigung, Straßenentwässerung und dem Betrieb gewerblicher Art verbleiben in den StEB. In den Sparten Gewässer 2. Ordnung und konstruktiver Hochwasserschutz konnte Kostendeckung erzielt werden. Für die Hochwasserschutzzentrale werden die Kosten nach einem Schlüssel aufgeteilt und auf die Stadt Köln und die Sparte Abwasserbeseitigung umgelegt.

Die Sparte Abwasserbeseitigung schließt mit einem positiven Ergebnis von 15,1 Mio. Euro ggü. einem geplanten Plus von 15,6 Mio. Euro ab. Auch die Sparte des Betriebs gewerblicher Art, der im Wesentlichen Aufgaben aus dem Hausanschlussmanagement ausführt, hat einen Gewinn von 0,05 Mio. Euro ggü. geplanten 0,02 Mio. erzielt.

Der Verlust in Höhe von 1,2 Mio. Euro aus der Sparte der Straßenentwässerung entsteht aus der vertragsgemäßen Ausführung der Aufgabe und wurde in Höhe von 1,2 Mio. Euro geplant.

Die weiteren Sparten Gewässer, Hochwasserschutz und WBV Wahn werden gegenüber der Stadt Köln bzw. den Mitgliedern des WBV Wahn zu Ist-Kosten abgerechnet, so dass kein direkter Gewinn oder Verlust aus dem Geschäft entsteht. In der Sparte Hochwasserschutz fällt ein Jahresverlust an. Der Verlust entsteht durch die Abschreibung der Vermögensgegenstände, die die Stadt Köln als Kapitalsacheinlage erbracht hat. Der Verlust wird über eine Entnahme aus der Kapitalrücklage abgedeckt.

	Ist 2007	Plan 2007	Ist 2006
	T €	T €	T €
Abwasserbeseitigung	+15.092	+15.642	+6.826
Gewässer 2. Ordnung*	0	0	0
Hochwasserschutzzentrale*	0	0	0
Konstruktiver Hochwasserschutz*	-62	-10	0
Betriebsführung WBV*	0	0	0
Straßenentwässerung	-1.216	-1.158	-904
Betrieb gewerblicher Art	+46	+20	+117

*Die Aufwendungen in den Geschäftsfeldern wurden in Rechnung gestellt.

Finanzierung und Liquidität

Die unterjährige Liquidität des Unternehmens konnte durch kurzfristige Geldaufnahmen gesichert werden. Im Januar 2007 erfolgte eine Darlehensaufnahme in Höhe von 90 Mio. Euro. Für dieses Darlehen wurde bereits in 2006 ein Zinnsicherungsgeschäft abgeschlossen. Die Position ist laufzeitkongruent geschlossen worden. Traditionelle Kreditaufnahmen im Volumen von 62,91 Mio. Euro wurden in 2007 abgeschlossen, davon 22,91 Mio. Euro für die Finanzierung des Hochwasserschutzes. Der Finanzmittelbedarf für das Geschäftsjahr 2007 wurde über kurzfristige Geldaufnahmen gesichert und dann im Januar 2008 in langfristige Darlehen umgewandelt. Auch dabei wurde in Höhe von 50 Mio. Euro auf Payer-Zins-SWAP-Geschäfte zurückgegriffen*. Insgesamt wurde somit für das Jahr 2007 ein Kreditvolumen von 152.910 T Euro in Anspruch genommen.

*StEB zahlt Festzins.

Bilanz zum 31.12.2007

Aktiva

- A. Anlagevermögen
 - I. Immaterielle Vermögensgegenstände
 - II. Sachanlagen
 - III. Finanzanlagen

- B. Umlaufvermögen
 - I. Vorräte
 - 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
 - 2. Noch nicht abgerechnete Aufträge

 - II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
 - 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
 - 2. Forderungen gegen die Stadt Köln
 - 3. Sonstige Vermögensgegenstände
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr T € 88; Vorjahr T € 96)

 - III. Kassenbestand

- C. Rechnungsabgrenzungsposten



Vermessungsarbeiten im PFA 9

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen, bezogen auf das gesamte Unternehmen

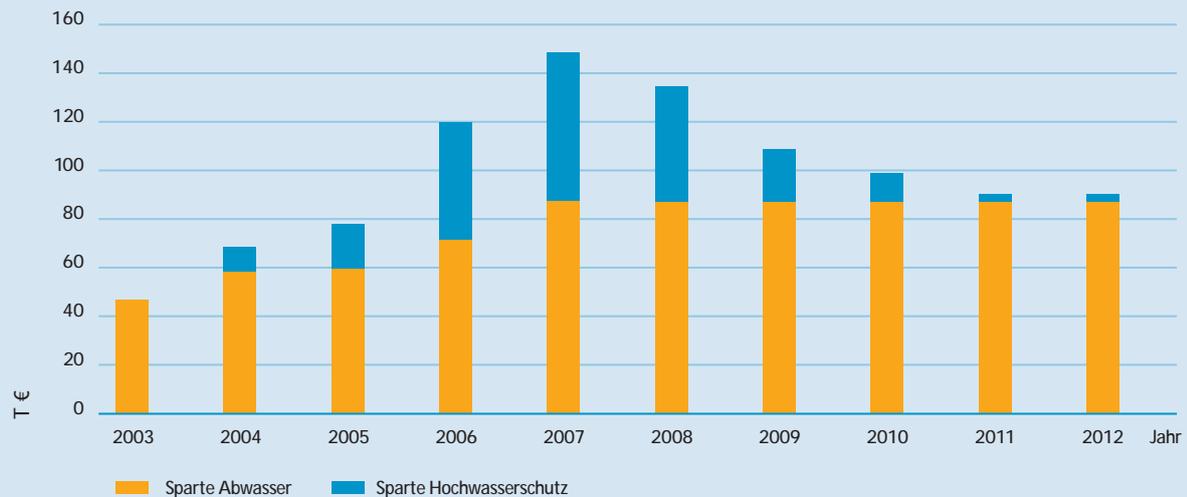
	2007	2006
Cashflow in Mio. Euro nach Abschreibungen/Pensionsrückstellungen	81,7	55,3
und Investitionen in Mio. Euro:	70,1	88,6
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme)	37,7%	39,1%
Anlagendeckungsgrad (Eigenkapital/Anlagevermögen)	37,9%	39,2%
Investitionsquote (Nettoinvestitionen/Anlagen zu historischen AK/HK*)	4,4%	4,3%
dynamischer Verschuldungsgrad (Fremdkapital ohne Rückstellungen/Cashflow)	12,1	16,6
Substanzerhaltungsgrad (Nettoinvestitionen/Abschreibungen)	293,5%	290,4%
durchschnittliche Abschreibungsdauer in Jahren (Anlagevermögen zu historischen AK/HK*/Abschreibungen)	66,8	69,1
Eigenkapitalrendite	2,1%	0,9%
Nettoneuverschuldung aus Finanzierungstätigkeit in Mio. Euro	44	39

*Das Anlagevermögen wurde per 1. Mai 2001 zu fortgeschriebenen Wiederbeschaffungszeitwerten in der Eröffnungsbilanz bilanziert.

31.12.2007	31.12.2006		31.12.2007	31.12.2006
€	€		€	€
3.205.411,43	2.819.632,54	A. Eigenkapital		
1.753.191.933,56	1.658.400.685,02	I. Stammkapital	500.000,00	500.000,00
673.345,50	586.571,53	II. Kapitalrücklage	659.293.415,38	659.355.506,38
1.757.070.690,49	1.661.806.889,09	III. Bilanzgewinn/-verlust	5.701.218,32	- 8.220.998,85
			665.494.633,70	651.634.507,53
		B. Rückstellungen		
557.942,56	615.867,87	1. Rückstellungen für Pensionen	6.693.120,00	13.321.100,00
19.228,68	354.222,51	2. Sonstige Rückstellungen	73.844.449,45	50.647.744,33
577.171,24	970.090,38		80.537.569,45	63.968.844,33
		C. Verbindlichkeiten		
1.816.452,20	1.688.014,66	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	550.382.678,53	413.837.682,18
3.064.108,91	1.033.954,88	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.587.940,25	13.569.259,13
582.526,15	340.268,36	3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Köln	430.417,45	89.032,49
		4. Verbindlichkeiten aus dem Trägerdarlehen der Stadt Köln	421.852.157,34	488.788.917,93
		5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.083.610,79	750.901,12
5.463.087,26	3.062.237,90	(davon aus Steuern T € 15; Vorjahr T € 9)		
455,37	432,58	(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit T € 0; Vorjahr T € 0)		
6.040.713,87	4.032.760,86		984.336.804,36	917.035.792,85
0,00	1.299,61	D. Rechnungsabgrenzungsposten	32.742.396,85	33.201.804,85
1.763.111.404,36	1.665.840.949,56		1.763.111.404,36	1.665.840.949,56

Investitionstätigkeit 2007

Für Investitionen sind in 2007 rd. 154 Mio. Euro abgeflossen.



Sparte		WP 2007 T €	IST 2007 T €	Differenz Ist – WP 2007 T €
Abwasser	Summe	93.339	89.393	-3.946
Hochwasserschutz	Summe	63.119	64.640	1.522
	Gesamtsumme	156.458	154.033	-2.424

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

2007

2006

	€	€
1. Umsatzerlöse	185.332.665,98	185.031.921,54
2. Verminderung/Erhöhung des Bestands an noch nicht abgerechneten Aufträgen	– 334.993,83	354.222,51
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	5.205.220,13	4.380.973,83
4. Sonstige betriebliche Erträge	5.640.122,11	2.118.939,75
	195.843.014,39	191.886.057,63
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.314.219,88	8.952.909,95
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.143.460,90	16.016.551,03
c) Abwasserabgabe	5.145.000,00	4.935.000,00
d) Umlagen an Verbände	5.578.354,77	5.855.237,08
	35.181.035,55	35.759.698,06
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	26.930.612,57	27.813.306,42
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 3.900.320,61; Vorjahr € 3.400.403,36)	9.099.032,98	8.623.169,47
	36.029.645,55	36.436.475,89
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	51.711.532,70	49.435.245,68
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.857.841,23	16.044.984,40
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.361.857,97	2.701.612,78
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	49.548.056,16	50.878.271,03
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.876.761,17	6.032.995,35
12. Sonstige Steuern	16.635,00	16.007,97
13. Jahresüberschuss	13.860.126,17	6.016.987,38
14. Verlustvortrag	– 8.220.998,85	– 14.260.899,23
15. Entnahme aus der Kapitalrücklage	62.091,00	22.913,00
16. Bilanzgewinn/-verlust	5.701.218,32	– 8.220.998,85



Baustelle Geestemünder Straße

Sparte Abwasser

Die Maßnahmen zur planmäßigen Erhaltung und Fortentwicklung des Anlagevermögens ergeben sich aus dem Abwasserbeseitigungskonzept Köln, welches zum Jahresende 2007 in der 4. Fortschreibung aktualisiert wurde. Die Vorgehensweise und Prioritätenbildung sind dort im Einzelnen beschrieben.

Wie aus der Höhe der Investitionen (siehe auch nachfolgende Tabelle) in den verschiedenen Bereichen zu erkennen ist, lag auch in 2007 die Priorität der Bearbeitung bei der Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen und bei der Kanalsanierung.

Während durch positiven Planungsverlauf im Hochwasserschutz die Planungsansätze geringfügig übertroffen wurden, ergaben sich bei einigen Klärwerksprojekten aufgrund von Planungsänderungen Verzögerungen, die zu einem verminderten Mittelabfluss führten.

Im Zuge des Wirtschaftsplanes und der 4. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes sind zur Anpassung an die technischen Regelwerke die Begrifflichkeiten der Maßnahmenart S (ehemals bauliche Sanierungen) und V (ehemals hydraulische Sanierungen) geändert worden.

Hierdurch bedingt ergeben sich die großen Abweichungen bei den Maßnahmenarten S und V, wobei hier insbesondere die Maßnahmenartänderung beim Großprojekt Geestemünder Straße (von einer V- zur S-Maßnahme) mit einem Mittelabfluss von ca. 13 Mio. Euro im Jahr 2007 zu nennen ist.



Baustelle Geestemünder Straße

Investitionsverlauf/Sparte Abwasser

Der Investitionsverlauf für Bauinvestitionen der Sparte Abwasser entwickelte sich in 2007 wie folgt:

Art	SOLL WP 2007 [TSD €]	IST SAP 2007 [TSD €]	Differenz SAP - WP 2007 [TSD €]	
E	38	284	246	E = Ergänzung Kanalnetz
H	21.884	23.468	1.584	H = Hochwasserschutz Klärwerke und Kanalnetz
K	11.339	10.085	-1.254	K = Abwasserreinigung Klärwerke
N	4.585	3.327	-1.258	N = Neuerschließung Kanalnetz
S	27.030	42.911	15.881	S = Sanierung Kanalnetz
V	24.196	6.670	-17.526	V = Niederschlagswasser- behandlung Kanalnetz
gesamt	89.072	86.744	-2.328	

Aufstellung eines Kanalsanierungskonzeptes

Nachdem die flächendeckende Kanalzustandserfassung abgeschlossen ist, wird hierauf aufbauend ein Kanalsanierungskonzept entwickelt, dessen Ergebnisse im Jahre 2008 vorliegen. Dieses Konzept soll neben der Festlegung von Sanierungsprioritäten und einer monetären Folgeabschätzung auch die rechtlichen Randbedingungen aufgrund gesetzlicher Änderungen (gemäß § 61 a LWG NW) sowie die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen.

Sparte Hochwasser

In der Sparte Hochwasser wurden im Geschäftsjahr 2007 folgende Investitionen durchgeführt:

Projektname	SOLL	IST	Differenz
	WP 2007	SAP 2007	SAP - WP 2007
	Stand: [08/06]	Stand: [31.12.07]	Stand: [31.12.07]
	[TSD €]	[TSD €]	[TSD €]
HW PFA 1 – Godorf/Sürth	611	519	-92
HW PFA 2 – Sürther Mühle/Pflasterhof	5.000	6.124	1.124
HW PFA 3 – Weißer Bogen	5.500	5.375	-125
HW PFA 4 – Uferstr. /Auenweg	1.600	2.664	1.064
HW PFA 5 – Rodenkirchener Leinpfad	4.000	3.370	-630
HW PFA 6 – Marienburg/Bayenthal	3.600	3.362	-238
HW PFA 7 – Altstadt Süd/Altstadt Nord	5.269	6.090	821
HW PFA 8 – Theodor-Heuss-Ring/Ölh.	5.000	6.470	1.470
HW PFA 9 – Merkenich/Langel (Irh.)	6.000	6.606	606
HW PFA 10 – Retentionsraum Worringer Bruch (einschl. Altdeichsanierung)	350	3	-347
HW PFA 10a – Altdeichsanierung Worringen (Vorabmaßnahme)	0	55	55
HW PFA 11 – Worringen	1.800	1.533	-267
HW PFA 12 – Retentionsraum Lülisdorf/Langel (rrh., einschl. Altdeichsanierung)	6.000	3.134	-2.866
HW PFA 13 – Langel/Zündorf	1.500	334	-1.166
HW PFA 14 – Zündorf Marktplatz	0	180	180
HW PFA 15 – Westhoven (einschl. Vorabmaßnahme Robertstr./Paulstr.)	742	1.818	1.076
HW PFA 16 – Poll/Rheinpark Deutz	8.000	7.115	-885
HW PFA 17 – Deutz/Stammheim (einschl. HWDO PW Faulbach)	4.000	5.998	1.998
HW PFA 18 – Stammheim/Flittard (einschl. Bayer-Werksgelände)	0	141	141
HW Alarmsystem	300	530	230
Kompensationsmaßnahmen Brasseur-Gelände	60	27	-87
Ausbau zweite Verteidigungslinie – 1. Stufe	200	57	-143
Allgemeine Arbeiten für KHWS	0	33	33
Summe	59.532	61.484	1.952
Lagerstätten	3.587	3.157	-430
Summe	63.119	64.640	1.522

Von den zur Lagerung der mobilen Elemente erforderlichen 6 Lagerstätten konnten die Lagerstätte im Klärwerk Rodenkirchen bereits in 2006 sowie die Lagerstätte GWK Stammheim mit Schulungszentrum und die Lagerstätte unter der rechtsrheinischen Zoobrücke in 2007 in Betrieb genommen werden. Zwei weitere Hallen befinden sich im Bau und werden in 2008 fertig gestellt, lediglich bei einer Lagerhalle gab es Verzögerungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren, auch hier ist eine Fertigstellung in 2008 geplant.

Sparten Gewässer und Straßenentwässerung

Im Zusammenhang mit der Durchführung anderer Maßnahmen der StEB wurde eine Vielzahl von Straßenentwässerungseinrichtungen saniert. Die im Januar 2004 vertraglich übernommenen Aufgaben der Gewässerunterhaltung und Betrieb der Straßenentwässerungsanlagen wurden in vollem Umfang ausgeführt.

Betriebsführung für den WBV Wahn

Seit Übernahme der Betriebsführung des Klärwerks Wahn zum 01.01.2004 konnten durch technische Optimierungen und Prozessoptimierungen die Aufwendungen erheblich gesenkt werden.

Eine weitere Verbesserung wurde durch die vollständige Auflösung des Verbandes und dem damit verbundenem Wegfall der Verbandsverwaltung erwartet. Aufgrund vergaberechtlicher Bedenken haben die StEB und die übrigen Verbandsmitglieder jedoch derzeit Abstand von der Auflösung genommen, so dass der Verband in der jetzigen Form weitergeführt wird.

Privatwirtschaftliche Leistungen

Die privatwirtschaftlichen technischen Leistungen sind in 2007 weiter intensiviert worden. Der Focus liegt weiterhin auf der ganzheitlichen Prüfung und Sanierung von Grundstücksentwässerungsleitungen. Die angebotene Leistung umfasst die fachgerechte Zustandsuntersuchung der privaten Abwasserleitungen und, falls erforderlich, eine Beratung über Instandsetzungsmöglichkeiten sowie eine fachtechnische Begleitung der Sanierungsmaßnahmen. Darüber hinaus wurden Leistungen kleineren Umfangs im Labor- und Ingenieurbereich erbracht.

Wie bereits im Vorjahr konnte im Hausanschluss- und Grundstücksentwässerungsgeschäft auch in 2007 ein positives Bereichsergebnis erzielt werden. Dies betrug 46 T Euro (rd. 13% Umsatzrendite). Damit konnte der Verlustvortrag erheblich reduziert werden. Diese positive Entwicklung konnte durch eine kontinuierliche Kostenoptimierung und ein verstärktes Engagement im Bereich der Sanierungsberatung erzielt werden.

Für die Zukunft werden erhebliche Potenziale durch die neuen gesetzlichen Regelungen des § 61a des Landeswassergesetzes gesehen, da durch die hier gesetzlich vorgeschriebene Fristenverkürzung für Dichtheitsnachweise in Wasserschutzzonen eine erhöhte Nachfrage an Dichtheitsprüfungen und Zustandsuntersuchungen erwartet werden kann.

HochwasserKompetenzCentrum in Köln

Im September 2007 wurde das HochwasserKompetenzCentrum (HKC) im Ratssaal der Stadt Köln gegründet. Mit über 100 Mitgliedern nimmt es nun seine Arbeit auf. Schwerpunktaufgaben des HKCs sind Informationssammlung und -weitergabe sowie die Vorbereitung, Entwicklung und Koordination von Projekten, Forschungsvorhaben und Studien zum nachhaltigen wirtschaftlichen und praxismgerechten Umgang mit dem Thema Hochwasser. Auf dieser Basis soll auch für den Kölner Hochwasserschutz eine kontinuierliche Wissensaktualisierung und eine ggf. notwendige Anpassung an neue Erkenntnisse gewährleistet werden.

Kontinuierliche Verbesserung

Integriertes Qualitäts-, Umwelt- und Risikomanagement

Ein wesentliches Instrument für die Prozessbeschreibung und -analyse und für die zentrale Informationsbereitstellung innerhalb der StEB stellt das Integrierte Qualitäts-, Umwelt- und Risikomanagementsystem (IMS) dar. Es basiert auf der internationalen Qualitätsnorm DIN EN ISO 9001:2000, der Umweltnorm 14001 und der europäischen Umweltnorm EMAS II.

Durch die erfolgreiche Rezertifizierung und -validierung des IMS im Mai 2007 wurde den StEB die normkonforme Umsetzung des Systems gemäß der o. g. Qualitäts- und Umweltnormen beurkundet. Die mit der Validierung verbundene Eintragung in das EMAS-Standortregister der Industrie- und Handelskammer zu Duisburg bestätigt darüber hinaus die Einhaltung der Umweltrechtsvorschriften durch die StEB.

Im Risikomanagement sind das Risikoportfolio und die Schwerpunktbetrachtung gegenüber 2006 gleich geblieben. Zur Kommunikation unserer Umwelttätigkeiten und -leistungen veröffentlicht die StEB seit mehr als acht Jahren die „Umwelterklärung“.

Benchmarking

Die StEB haben auch 2007 ihre Benchmarkingaktivitäten weiterentwickelt. Erstmals nahmen auch die Außenklärwerke am Klärwerksbenchmarking teil. In allen betrieblichen Benchmarking-Prozessen konnten erhebliche Verbesserungen erzielt werden. In den Prozessen „Inspektion nicht begehbare Kanäle“, „Reinigung nicht begehbare Kanäle“ und „Sinkkastenreinigung“ konnte sich die StEB zum „Best-practise“-Unternehmen fortentwickeln.

Energie

Auch bei den Klärwerken stand in 2007 die wirtschaftliche Optimierung im Vordergrund. Auf Grund des Nutzungsalters der elektro- und maschinentechnischen Anlagen waren in 2007 erhebliche Ersatzinvestitionen zu tätigen. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen.

Einen Schwerpunkt der wirtschaftlichen Optimierung bildet der Energiebereich. In 2007 wurden für alle Kläranlagen Konzeptstudien für eine zukunftssträchtige und effiziente Klärgasnutzung erarbeitet. Als Ergebnis dieser Studien sollen in den nächsten Jahren alle Energieerzeugungsanlagen der Klärwerke durch moderne effiziente Blockheizkraftwerke ersetzt werden. Die StEB beteiligen sich jedoch auch konkret an der Fortentwicklung zukunftssträchtiger Technologien zur Energienutzung. So wurde in 2007 auf Grundlage eines vom Land geförderten Forschungsvorhabens ein Refresh der seit 2000 erfolgreich betriebenen Brennstoffzelle durchgeführt mit dem Ziel, die Brennstoffzelle bis 2010 weiterzubetreiben. Ziel des gemeinsam mit der RheinEnergie durchgeführten Vorhabens ist es, den Langzeitbetrieb von Brennstoffzellen zu erforschen und somit die Wirtschaftlichkeit dieser Technologie zu erhöhen.

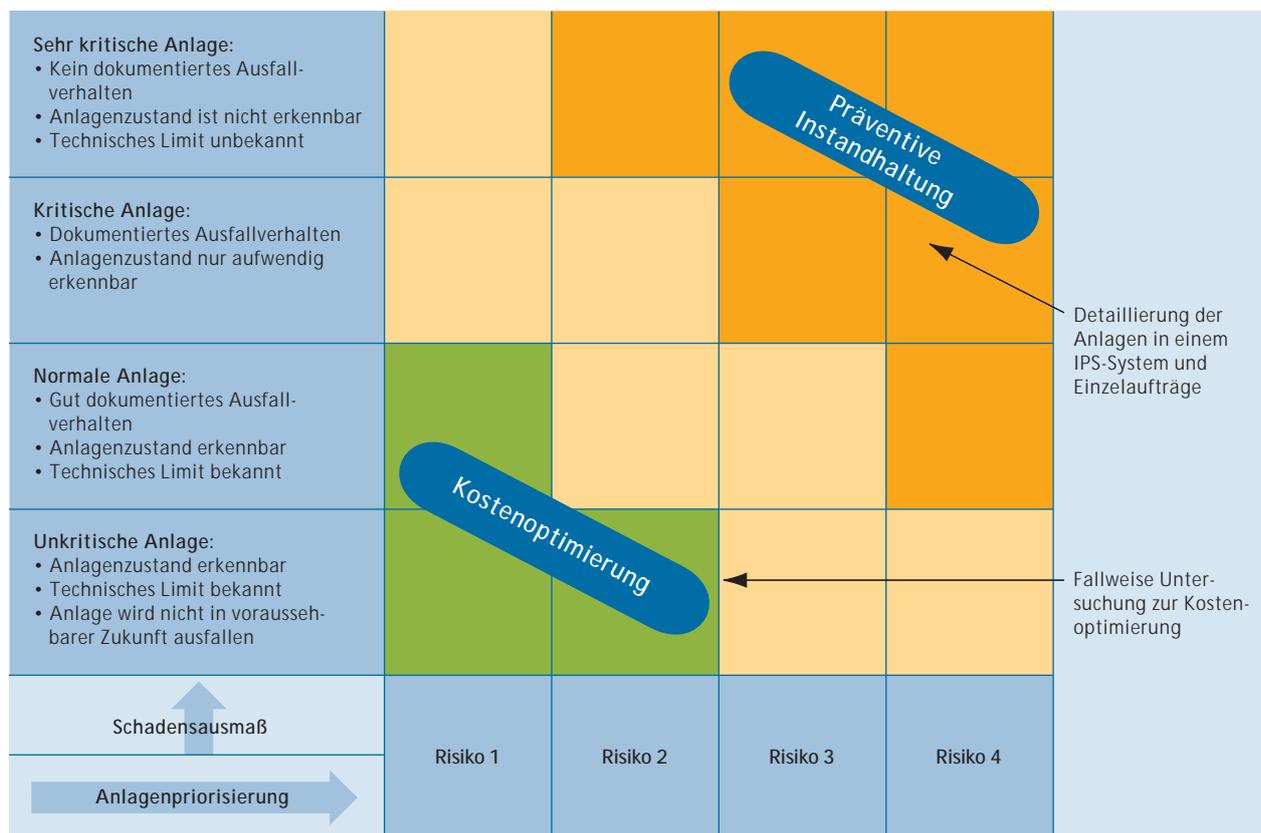
Instandhaltungsstrategie

Zur weiteren Effektivitätssteigerung wurde in 2007 eine einheitliche Instandhaltungsstrategie auf Basis der RCM-Methode entwickelt und eingeführt. Dieses als reliability centered maintenance (RCM; häufig als zuverlässigkeitsorientierte Instandhaltung bekannt) bezeichnete Vorgehen ist ein Verfahren um festzustellen, welcher Aufwand betrieben werden muss, damit eine beliebige materielle Komponente weiterhin ihre vorge-sehene Funktion erfüllt. Anlagen bzw. technische Objekte mit einer hohen Priorität und schlechtem Anlagenzustand werden hierbei als Anlagen mit einem dringenden Handlungsbedarf identifiziert, d. h. hierfür müssen präventive Maßnahmen bzw. Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet werden.

Zentrales Instrument dieser Methodik ist die Risikomatrix in Form eines Anlagenkatasters für Klärwerke und Netze, die es ermöglicht, darin die einzelnen technischen Objekte zu positionieren und dadurch deutlich zu machen, inwieweit für diese technischen Objekte ein Handlungsbedarf besteht.

Unterstützt wird diese Methodik durch ein effektives Instandhaltungscontrolling mit Hilfe von kaufmännischen und technischen Kennzahlen, über die eine Erfolgskontrolle und Steuerung erfolgen kann.

Risikobasierte Entscheidungsmatrix der Instandhaltungsstrategie



Adaptive Nachklärung

Neben den wirtschaftlichen Optimierungen sind jedoch auch ökologische Verbesserungen aktiv im Fokus. So wurde in 2007 im Rahmen eines vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Forschungsvorhabens im Klärwerk Weiden eine adaptive Nachklärung realisiert. Bei diesem völlig neu entwickelten Verfahren können über eine entsprechende Steuerung der Öffnungsquerschnitt und die Höhe der Einleitung in Abhängigkeit der hydraulischen und physikalischen Verhältnisse verändert werden. Zielsetzung ist eine wesentlich verbesserte Schlammabtrennung und somit eine Erhöhung der Reinigungsleistung. Erste Betriebserfahrungen bestätigen die erwarteten Leistungssteigerungen. Sofern sich diese Erkenntnisse in dem für ein Jahr vorgesehenen Versuchsbetrieb bestätigen, kann eine weite Verbreitung dieser Technologie prognostiziert werden, u. a. ist dann eine Anwendung dieses Verfahrens auf weiteren Kölner Kläranlagen vorgesehen.



Technische Kennzahlen/Zahlen & Fakten 2007

Klärwerke	4 (5 inkl. Wahn)
Kanalnetzlänge	2.385 km
• begehbar	591 km
• nicht begehbar	1.793 km
entwässerte Fläche	155 km ²
Anteil der Wasserschutzonen bez. auf das Stadtgebiet	46 %
angeschlossene Einwohner (dies entspricht 99,6 % der Einwohner der Stadt Köln)	980.000
angeschlossene Grundstücke (geschätzt)	130.000
noch nicht angeschlossene Grundstücke (Kleineinleiter)	915
Straßenabläufe	89.045
Kanalschächte	58.129
Pumpwerke	153
Regenrückhaltebecken	77
Hochwasserschieber	674
Betriebsschieber	190

Risiken

Risiken aus der Abwasserabgabe

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen gelten unverändert fort.

Ein abgaberechtliches Risiko besteht einerseits bei den Klärwerken aus der Stabilität des Klärprozesses und bei den Regen- und Mischwassereinleitungen aus verschiedenen Teilnetzen des Kanalsystems. Während in der Vergangenheit als Voraussetzung für die Abgabefreiheit lediglich die Einhaltung der bemessungstechnischen Vorgaben für das Netz nachzuweisen war, werden nunmehr auch die einzelnen Sonder- bzw. Entlastungsbauwerke bewertet. Darüber hinaus werden die Einleitungen, und damit der Betrieb, messtechnisch erfasst und bewertet.

Risiken aus Rechtsänderungen

Verschärfte Anforderungen zur Stickstoffelimination

Zurzeit befindet sich die Kläranlage Langel im Ausbau. Durch die bereits in Betrieb genommene Kohlenstoffdosierung ist die Kläranlage bereits heute in der Lage, den geforderten Konzentrationswert von 13 mg/l sicher einzuhalten. Insgesamt wird die Baumaßnahme im Herbst 2008 abgeschlossen. Im GWK Stammheim ist zur sicheren Einhaltung der verschärften Anforderungen eine Prozesswasserbehandlung errichtet und in 2005 in Betrieb genommen worden. Bei den übrigen Anlagen waren zur Erfüllung der Anforderungen keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich.

Dichtheitsprüfung von privaten Grundstücksentwässerungsleitungen

Am 31.12.2007 ist das geänderte Landeswassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in Kraft getreten. Der Landesgesetzgeber hat die bisher in § 45 der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen geregelten Verpflichtungen der Grundstückseigentümer zur turnusmäßigen Überprüfung der Dichtheit ihrer Grundstücksentwässerungsanlagen in den neu eingeführten § 61 a des Landeswassergesetzes überführt. Damit kommt der Gesetzgeber einer langjährigen Forderung der Fachwelt nach, die stets die Auffassung vertreten hatte, dass die Dichtheit der privaten Entwässerungsanlagen vorrangig dem Gewässerschutz diene und daher auch im Wasserrecht zu regeln sei. Auch nach Überführung der Regelungen in das Wasserrecht bleibt jedoch die Verpflichtung der Grundstückseigentümer, ihre Entwässerungsanlagen erstmalig bis zum 31.12.2015 auf Dichtheit zu überprüfen, bestehen.

Durch die ergänzten Regelungsinhalte des § 61a LWG werden die StEB aber noch mehr als in der Vergangenheit zu einer Mitwirkung bei der Umsetzung der Dichtheitsprüfung der privaten Grundstücksentwässerungsanlagen verpflichtet.

Das Gesetz enthält erstmalig die zwingende Verpflichtung für die StEB, für die Dichtheitsprüfung in Wasserschutzgebieten durch Satzung kürzere Fristen als 2015 festzulegen. Die StEB haben aber auch die Möglichkeit, in anderen Gebieten längere Fristen für die erste Dichtheitsprüfung durch Satzung festzulegen, um ihre eigenen Untersuchungen und Sanierungen der öffentlichen Abwasseranlagen nach dem Abwasserbeseitigungskonzept mit den Verpflichtungen der Grundstückseigentümer besser zu verzahnen.

Die StEB sind nunmehr gesetzlich verpflichtet, die Grundstückseigentümer über die Durchführung der Dichtheitsprüfung zu unterrichten und zu beraten. So lange die oberste Wasserbehörde keine Anforderungen an die Sachkunde der mit der Dichtheitsprüfung beauftragten Privatunternehmer in einer Verwaltungsvorschrift festlegt, können die StEB solche Sachkudeanforderungen in einer Satzung festlegen.

Die StEB werden im Verlauf des Jahres 2008 die verwaltungsmäßige Umsetzung dieser neuen gesetzlichen Verpflichtungen und Anforderungen, insbesondere mit der Prioritätenbildung zum Zuschnitt der Inspektionsgebiete, dem Verfahren zum Erlass der Satzungen sowie der Information und Beratung der betroffenen Kölner Grundstückseigentümer, im Rahmen eines Projektes durchführen. Dabei wird es darauf ankommen, kundenorientiert zu handeln und den Aufwand auf ein sinnvolles Maß zu begrenzen.

Weitere Entwicklungen

Die weitere Umsetzung der europäischen Wasserrechtsrahmenrichtlinie (WRRL) in das nationale Rechtssystem sowie die weiteren Änderungen aufgrund der Novellierung des Landeswassergesetzes NW müssen allerdings aufmerksam beobachtet werden. Gleiches gilt für die Diskussion über den Umgang mit gefährlichen Stoffen und Medikamentenresten im Abwasser. Seitens des MUNLV wurden hierzu umfangreiche Studien zur Abschätzung einer möglichen Gefährdung in Auftrag gegeben, die derzeit ausgewertet werden. Konkrete Maßnahmen können beim aktuellen Erkenntnisstand noch nicht abgeleitet werden.

Steuerliche Risiken

Seit Jahren besteht die Diskussion zur steuerlichen Gleichstellung von Wasser und Abwasser. Während der Frischwasserbereich sowohl ertrags- als auch umsatzsteuerlich relevant ist, ist der hoheitlich geführte Abwasserbereich davon ausgenommen.

Eine steuerliche Änderung ist nach dem heutigen Stand der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung explizit aus der Debatte um die Umsatzsteuererhöhung ausgeklammert worden. Der Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft e.V. hat im Sommer 2006 Beschwerde bei der Europäischen Kommission für den Bereich Abwasserentsorgung gegen die seiner Meinung nach steuerliche Ungleichbehandlung eingereicht. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Die Folgen aus einer Steuerpflicht können Abwassergebührenerhöhungen von rd. 20 % bewirken.

Die praktizierte Umsatzbesteuerung aus dem als Betrieb gewerblicher Art klassifizierten Leistungsaustausch mit der Stadt Köln wurde im Rahmen einer steuerlichen Betriebsprüfung bei der Stadt Köln nachträglich als nicht steuerpflichtig festgestellt.

Risiko aus Finanzierung

Die StEB werden aufgrund der geschäftstypischen Abschreibungsdauern von bis zu 72 Jahren (Abwasseranlagen) bzw. bis zu 100 Jahren (Hochwasserschutzanlagen) nicht genügend Cashflow erwirtschaften, um die bestehenden Kredite in der weit unter der Abschreibungsdauer liegenden Kreditlaufzeit zurückzuzahlen. Das betrifft zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausschließlich die Tilgung des Trägerdarlehens. Die jährliche Tilgung des Trägerdarlehens wird langfristig über Bankkredite refinanziert werden müssen.

Im Rahmen einer vorausschauenden Liquiditätsplanung setzt die StEB Forward-Payer-SWAP-Geschäfte für Zinssicherungen ein. Die Positionen sind geschlossen, so dass kein Risiko besteht. Zur Begutachtung der zukünftigen Liquiditätsentwicklung haben die StEB in 2007 ein Gutachten erstellen lassen. Im Ergebnis ist die ausreichende Liquiditätsentwicklung der StEB unter der Prämisse der Einhaltung verschiedener Rahmenbedingungen gesichert. Das Ergebnis wurde dem Verwaltungsrat und den Gremien der Stadt Köln vorgestellt.

Risiken aus Tarifvertragsauseinandersetzung

Die Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR haben ihre Mitarbeiter in 2005 in den TVöD übergeleitet. ver.di sieht diese Überleitung als nicht durch die tarifvertraglichen Regelungen des TVöD gedeckt und hat darüber Klage eingereicht. Angestrebt wird von der ver.di eine Überleitung in den TVWW/NW. In dem von der ver.di geführten Klageverfahren unterlag bislang der KAV/NRW in der 2. Instanz. Derzeit ist ein Revisionsverfahren beim BAG anhängig.

Die Anwendung eines von ver.di geforderten Tarifvertrages kann zu Personalkostenerhöhungen von bis zu 15 % p. a. führen.

Risiken aus dem US-Leasing-Geschäft

Aus dem im Jahre 2000 abgeschlossenen US-Leasing-Geschäft sind keine konkreten Risiken erkennbar. Gegenüber den Vorjahren bestehen in den USA keine veränderten Risiken aus der Rechtsentwicklung.

Risiken aus dem Prüfungsergebnis § 53 HGRG

Es liegen keine Risiken vor.

Ausblick

Die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR unternehmen erhebliche Anstrengungen, die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung weiter zu erhöhen. Als Instrument wird dazu ein alle Bereiche des Unternehmens umfassendes Kennzahlensystem aufgestellt, die Teilnahme am Benchmarking und das unternehmensweite Zielvereinbarungssystem betrieben. Daraus erwachsen Projekte, die die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens verbessern. Wesentliche Priorität haben weiterhin die Umsetzung des Hochwasserschutzes sowie die Sanierung des Kanalnetzes.

Insgesamt wird für das Wirtschaftsjahr 2008 auch eine weiterhin positive Geschäftsentwicklung erwartet.

Köln, den 31. März 2008

Otto Schaaf
Vorstand



Impressum

Herausgegeben von:

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
Der Vorstand

steb-kundenberatung@steb-koeln.de
www.steb-koeln.de

Design und Produktion:

vierviertel, Köln

Bildnachweis:

PJ-Photography, Peter Jost

Auflage:

04.2008/1.500 St.